Das Covid-Gesetz beendet die freie Schweiz

Nein zum Covid-Gesetz

- Das Corona-Notrechtsregime wird fortgeführt, obwohl es keinen Notstand gibt.
- Digitale Massenüberwachung, «Covid-Zertifikat» und Diskriminierung von Ungeimpften führen in eine Gesundheitsdiktatur.
- Entschädigungen für Betroffene gibt es auch bei einem Nein zum Covid-Gesetz.

Die Schweiz wird in Raten abgeschafft

Was ist nach einem Jahr Corona nur aus unserem Land geworden? Die Schweiz wird in Raten abgeschafft. Die Grundrechte sind ausgehebelt, die Bürger entmündigt. Die Zwangsmassnahmen haben einen verheerenden Schaden angerichtet, ohne dass ein Nutzen nachgewiesen wäre. Die Wirtschaft wird zum grossen Teil an die Wand gefahren und tausende von Betrieben müssen schliessen. Viele Menschen verlieren ihre Existenz und ihre Zukunft.

Am meisten leiden Kinder und Jugendliche

Das soziale Leben wird lahmgelegt, Gesunde werden eingesperrt und älteren Menschen der Kontakt zu ihren Liebsten verwehrt. Am meisten leiden Kinder und Jugendliche. Schwerbewaffnete Sondereinheiten der Polizei rücken gegen Jugendpartys aus. Das Kinderspital Zürich verzeichnet doppelt so viele Suizidversuche wie vor der Pandemie. Auch das politische Leben ist reduziert: Versammlungen sind eingeschränkt, Kundgebungen werden verboten. Man kann seine Meinung zur Corona-Politik nicht mehr frei äussern. Viele haben deshalb schon ihren Job verloren.

Notrechtsregime + Massenüberwachung + Impfpass + Diskriminierung + Gesundheitsdiktatur

NEIN zum Covid-Gesetz am 13. Juni!

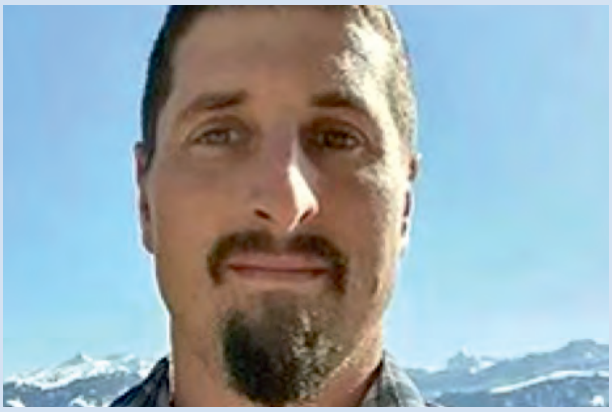
Aktionsbündnis Urkantone
für eine vernünftige Corona-Politik

Jan Stocker, jüngster Kantonsrat SZ, Lebensmitteltechnologe, Freienbach

«Unsere Zukunft aufgrund von evidenzlosen Massnahmen ruinieren? Nein danke, nicht mit mir!»

Notrechtsregime ohne demokratische Kontrolle

Die Corona-Politik des Bundesrates basiert auf dem Epidemiengesetz und Covid-19-Gesetz. Mit dem Covid-Gesetz erhält der Bundesrat weitreichende Vollmachten und kann über Parlament und Kantone hinweg mit Verordnungen «per Order di Mufti» diktieren. Für eine solche Machtfülle gibt es keinerlei Rechtfertigung, denn es liegt kein Notstand vor. Das neue Coronavirus ist bei weitem nicht so gefährlich wie ursprünglich behauptet. Das Parlament muss wieder die demokratische Kontrolle übernehmen.



Marzell Camenzind, Unternehmer, Gersau

«Die negativen Konsequenzen im Gesellschaftlichen, Kulturellen, Wirtschaftlichen, Politischen wie in unserer Freiheit und unserer Demokratie sind derart inakzeptabel, dass ich mich aus dem Innersten gegen das neue Gesetz und die aktuellen Massnahmen zur Wehr setzen muss. Unsere Meinungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Demokratie sind arg in Bedrängnis und müssen umgehend wieder hergestellt werden.»

Weg in eine Gesundheitsdiktatur

Das Covid-Gesetz ist gefährlich, denn es ebnet den Weg in eine Gesundheitsdiktatur. Das zeigen die letzten Verschärfungen vom März 2021:

- Umfassende digitale Massenüberwachung (Kontakt-Nachverfolgungs-System)
- Diskriminierung von Ungeimpften
- Einführung eines «Covid-Zertifikates» (Impf-, Test- und Genesungsnachweis)

Entschädigungen auch bei einem Nein

Das Notrechtsregime wurde mit den Entschädigungen für Betroffene in ein einziges Gesetz gepackt. Diese Verknüpfung ist ein Verstoss gegen den Grundsatz der «Einheit der Materie», weil der Souverän nicht separat über zwei ganz unterschiedliche Fragen abstimmen kann. Das ist verfassungswidrig und eine politische Erpressung.

Claudia Häcki, selbstständige Coiffeuse, Engelberg

«Die überspitzten Corona-Massnahmen werden uns teuer zu stehen kommen. Sei es aus finanzieller Sicht oder vor allem auf gesundheitlicher Ebene. Leider ist das vielen Menschen immer noch nicht bewusst! Deshalb auf sofortige Aufhebung der Corona-Massnahmen und Eigenverantwortung setzen.»

Diese «Finanzhilfen» im Covid-Gesetz sind sinnvoll und notwendig und müssen auf jeden Fall weitergehen. Dazu ist es erforderlich, dass die Entschädigungen in ein separates Gesetz ausgegliedert werden, wie das mit einer Motion von Pirmin Schwander und weiteren 23 Parlamentariern gefordert wird. Entgegen der Angstpropaganda des Bundesrates ist ein solches Gesetz ohne Probleme rechtzeitig machbar! **Die beste und günstigste «Finanzhilfe» ist allerdings immer noch das sofortige Ende aller Massnahmen.**

Auf Dauer angelegt

Das Covid-Gesetz wurde schon zweimal geändert. Ursprünglich bis Ende 2021 befristet, wurde es teilwei-

Entschädigungen auch bei einem Nein

Das Referendum richtet sich nicht gegen die Finanzhilfen im Covid-Gesetz, die auch sonst von keiner politischen Seite bestritten werden. Pirmin Schwander und 23 weitere Nationalräte haben bereits am 19. März eine Motion eingereicht, mit der sie die Überführung der Finanzhilfen in ein eigenes Covid-Finanzhilfengesetz fordern. Wir fragten dazu Pirmin Schwander, langjähriger Nationalrat und Mitglied der Finanzkommission:

Herr Schwander, viele Selbständige und Unternehmer machen sich Sorgen, dass sie bei einem NEIN zum Covid-19-Gesetz keine Hilfsgelder mehr erhalten. Sind diese Sorgen berechtigt?
Nein, gar nicht. Bundesrat und Parlament haben es in der Hand, in der kommenden Sommersession meine Motion umzusetzen. Das Parlament hat es bereits bewiesen, dass gesetzliche Änderungen in «nur» einer Session möglich sind. Es braucht dazu einfach den politischen Willen.

se bis Ende 2031 verlängert. Die letzten Verschärfungen wie Massenüberwachung, Impfpass und Diskriminierung von Ungeimpften sind auf Dauer angelegt. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass das Gesetz weiter verlängert und als Grundlage für zukünftige Verschärfungen und Massnahmen dienen wird. Wenn dieses Gesetz am 13. Juni nicht abgelehnt wird, dann werden wir es nie wieder los!

Die wichtigste Abstimmung seit 1949

Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Schweiz mittels Vollmachtenregime regiert, wobei die Einschränkungen der Grundrechte damals bei weitem nicht so schlimm waren wie heute. Bundesrat, Parlament und alle grossen Parteien hielten an diesem Regime auch nach dem Krieg weiter fest. Doch das Volk stimmte 1949 für die «Rückkehr zur direkten Demokratie». Es bedurfte weiterer Initiativen, bis die Demokratie 1952 vollständig wiederhergestellt war. Auch heute ist es wieder notwendig, den Bundesrat zu entmachten, damit die Demokratie vollständig wiederhergestellt wird.

Für eine evidenzbasierte Gesundheitspolitik

Die Politik des Bundesrates basiert nicht auf Fakten und daraus abgeleiteten wirksamen und verhältnismässigen Massnahmen, sondern auf unbewiesenen Annahmen und fragwürdigen Modellrechnungen. Die massive Einschränkung des sozialen und gesellschaftlichen Lebens schadet der Volksgesundheit nachhaltig. Ein NEIN zum Covid-Gesetz ermöglicht eine vernünftige und evidenzbasierte Gesundheitspolitik.

Die Schweizer sind das einzige Volk der Erde, das über die Corona-Politik abstimmen kann. Nützen wir diese einmalige Chance und stimmen wir NEIN zum Covid-19-Gesetz!

Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Bitte unterstützen Sie uns aktiv und durch Spenden!

Aktionsbündnis Urkantone
für eine vernünftige Corona-Politik

www.covid19gesetz-nein.ch
www.ur-kantone.ch
info@ur-kantone.ch

Spendenkonto:
IBAN CH45 0077 7009 0492 1194 7
Aktionsbündnis Urkantone, 6438 Ibach
Schwyzer Kantonalbank, Postkonto-Nr. 60-1-5

Schluss mit dem Corona-Notrecht

NEIN zum Covid-19-Gesetz!

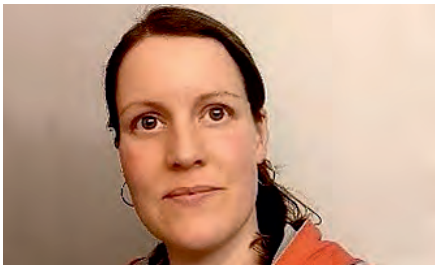
«Die Massnahmen gegen das Coronavirus sind masslos überzogen. Viele Gewerbetreibende sind in Existenznot oder müssen ihr hart aufgebautes Geschäft schliessen. Darunter leiden nicht nur die Unternehmer, mit ihnen auch die Mitarbeiter. Die Kollateralschäden sind viel schlimmer als der Virus selbst, das belegen bereits diverse Studien.»
Urs Trütsch, Unternehmer und Gewerbevereinspräsident, Rothenthurm

«Der grösste Schaden entsteht durch die schweigende Mehrheit, die nur überleben will, sich fügt und alles mitmacht. Ich kämpfe für ein Leben in Freiheit sowie für unsere verfassungsmässigen Grundrechte und ich bekämpfe vehement die völlig unverhältnismässigen Einschränkungen, welche mehr Lebensjahre vernichten als retten!»
Andrea Keller, Kantonsrätin Schwyz, Freienbach

«Als Schwinger schäme ich mich für das passive Verhalten des Eidgenössischen Schwingerverbandes. Bis anhin waren an einem Schwingfest alle gleich, vom Jungschwinger bis zum Eidgenossen, vom Bauer bis zum Bundesrat. Mit der Akzeptierung willkürlicher ‹Schutzmassnahmen› wird der Grundcharakter unseres geliebten Volkssportes zerstört.»
Andy Höfliger, Metallbauer, Feusisberg

«Die Verantwortung für meinen Körper, meine Gesundheit und mein Leben übernehme ich und nicht der Staat. Ebenso sollen unsere Kinder in Freiheit und ohne sinnlose Zwängerei aufwachsen. Unsere Kinder sollen auch in Zukunft selbstbestimmt und nicht vordiktiert leben dürfen.»
Sandra Gisler, Kindergartenlehrperson und 4-fache Mutter, Seedorf

«Der Klimajugend wollen sie keine kaputte Natur hinterlassen, aber die Wirtschaft machen sie kaputt und häufen einen riesigen Schuldenberg auf. Sie wollen leben wie vor hundert Jahren, aber wenn die Natur ihre Stärke zeigt, sind sie die ersten, die laut heulen. Ich möchte den Leuten wieder ohne Maske begegnen. Und Musik hören wäre die beste Medizin.»
Martin Holdener (Musers Märtl), Wetterschmöcker, Schwyz



«Unsere Kinder sind die Verlierer der Pandemie. Schaden die Massnahmen nicht mehr, als sie nützen? Ich fordere Eltern, Lehrer und Schulleitungen auf, unseren Kindern eine lebenswerte, gesunde und unbeschwerte Kindheit zu ermöglichen! Ich fordere Solidarität mit den Schwächsten unserer Gesellschaft.»
Julia Rickenbacher, Mutter und Heilpädagogin, Steinen

Aktionsbündnis Urkantone
für eine vernünftige Corona-Politik